LZ-Rheinland

Artikel vom 06.07.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 18:53 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/niederlande-proteste-ausgeweitet

Niederlande: Proteste ausgeweitet



Foto: imago/PPE

In den Niederlanden erreichten die Proteste der Bauern in dieser Woche einen neuen Höhepunkt. Gleichzeitig verschärft auch die Regierung ihr Vorgehen. Im Internet kursieren Videos, auf denen zu sehen ist, wie Polizisten mit vorgehaltener Pistole auf Trecker zugehen, in einem sind sogar Schüsse zu hören. Am Montag hatten die Demonstranten 20 Logistikzentren von Lebensmittelhandelsketten blockiert, was in einigen Supermärkten zu leeren Regalen geführt hatte. Auch wurden wieder Autobahnabschnitte oder -zufahrten blockiert. Zudem hatten sich auch Fischer solidarisch erklärt und die Einfahrten von Häfen blockiert. So bekamen nicht nur die Einheimische, sondern auch viele Urlaubsreisende die Auswirkungen der Proteste zu spüren, weil Fähren nicht die niederländischen Inseln ansteuern konnten.

Das teils scharfe Vorgehen von Einsatzkräften der Regierung soll laut Informationen, die in den digitalen Medien kursieren, einerseits eine Reaktion auf drastische Protestformen der Bauern in den Tagen zuvor zu sein. Anderseits scheint die Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte völlig überrascht worden zu sein von der Breite der Proteste, denen sich zeitweise bis zu 30 000 Menschen angeschlossen haben sollen. Der niederländische Bauernverband (LTO) hat die sehr drastischen Aktionen bei den Demonstrationen gegen die Pläne der Haager Regierung zur Verringerung der Stickstoffbelastung verurteilt. Die Proteste waren zunächst in der vorvergangenen Woche

weitgehend friedlich gestartet, arteten dann aber in Gülleattacken und Blockaden aus. Der LTO erklärte, dass solche Aktionen „inakzeptabel“ seien. Gleichwohl stellte der Bauernverband klar, dass der Berufsstand „wütend und verzweifelt“ über die Politik der Regierung sei.

Auslöser für die Proteste sind Pläne der niederländischen Regierung, die Stickstoffemissionen im Land deutlich zu reduzieren. Auch von der Landwirtschaft verlangt sie dabei ihren Beitrag. Der besteht darin, die Stickstoffemissionen landesweit bis 2030 zu halbieren; in einzelnen Schutzgebieten sollen die Einschränkungen aber bis zu 70 % betragen. Umzusetzen wäre das nur durch einen drastische Verringerung der Nutztierbestände. Offizielle Zahlen gehen dabei davon aus, dass die Maßnahmen das Aus für 30 % der viehhaltenden Betriebe bedeuten würde. Ob die den Hof verkaufen würden – seitens des Staats gibt es Angebote dazu – oder die Viehzahl reduzieren, in jedem Fall stünde dadurch die Existenz der betroffenen Betriebe auf dem Spiel.